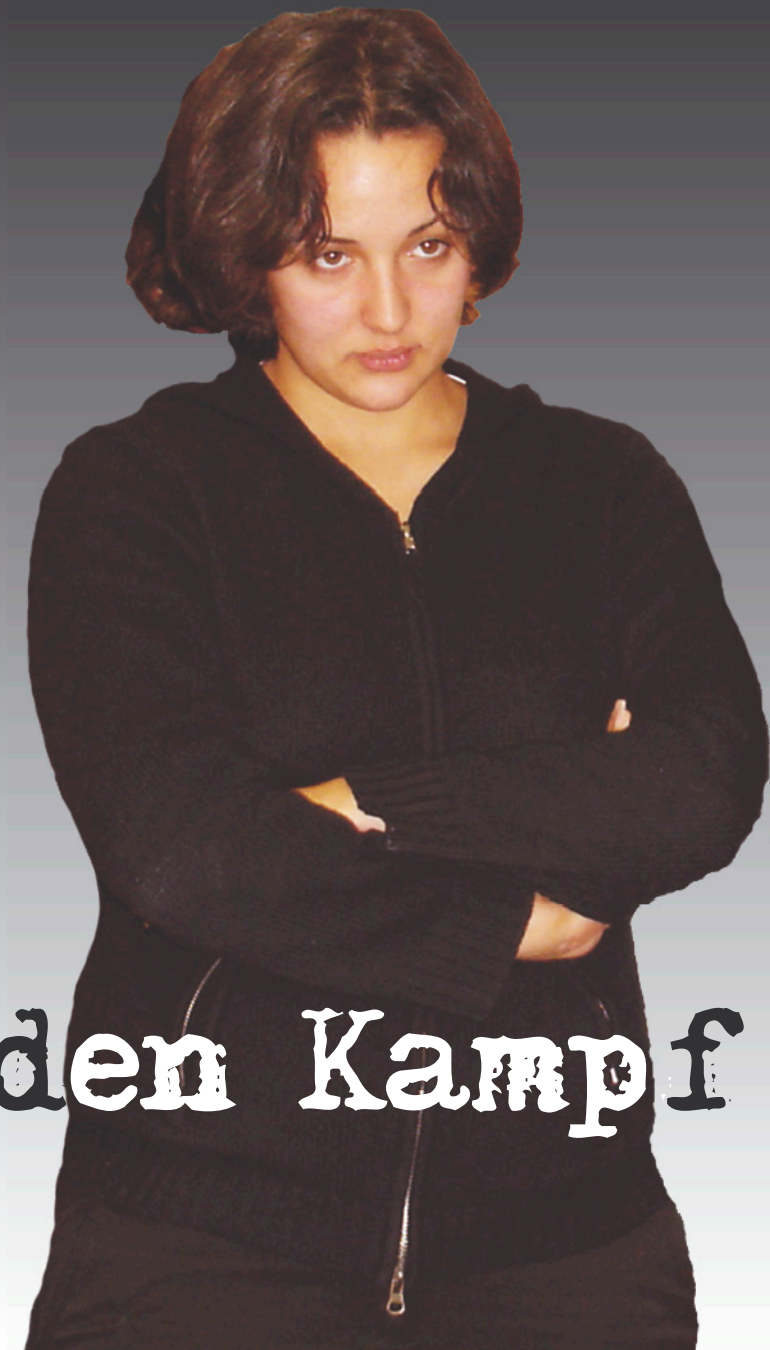




Nr. 86 · Februar 2005

BASTA

Das Studierendenmagazin des AStA Uni Mannheim · ISSN 1432-4784



Auf in den Kampf



**Süd-
West-
Demo**

**Freie Bildung
für alle**



DEMO!

**gegen Studiengebühren
für die Verfasste
Studierendenschaft!**

**Donnerstag, 03.02.05
Mannheim Hbf - 14:00**

V.i.S.d.P.: Natascha Massing, Jan Schumacher, AStA Uni Mannheim, L4, 12, 68131 Mannheim

"a s t a"
UNI MANNHEIM



Gegen Studiengebühren! Für die Verfasste Studierendenschaft!

Die Einführung von Studiengebühren im Erststudium steht unmittelbar auf der politischen Agenda. Am 26. Januar entscheidet das Bundesverfassungsgericht über das Verbot von Studiengebühren. Gleichzeitig sollen die Mitbestimmungsrechte der Studierenden (Verfasste Studierendenschaften) noch weiter eingeschränkt werden, wie in Baden-Württemberg und Bayern bereits in den 70er Jahren geschehen. In letzter Konsequenz würde damit die Entdemokratisierung der Hochschulen noch weiter vorangetrieben und der soziale Grundkonsens in der Bildungspolitik endgültig aufgekündigt. Wir setzen uns weiterhin für eine soziale und demokratische Entwicklung von Hochschulen und der Gesellschaft im Allgemeinen ein. Bundesweit abgesicherte Mitbestimmungsrechte und generelle Gebührenfreiheit des Studiums sind dazu notwendige Voraussetzungen.

Für ein gebührenfreies Studium!

Wir lehnen Studiengebühren aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen ab. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

1. Freie Bildung für alle!

Studiengebühren befördern die Privatisierung sozialer Risiken. Bildung wird nicht mehr als ein öffentliches Gut gesehen, dessen Nutzung als allgemeines Recht gilt, sondern als zu erwerbende und zu bezahlende Dienstleistung, mit der jedeR einzelne in sein/ihr „Humankapital“ investiert.

2. Solidarität statt egoistischem Elitedenken!

Die sozialen Wirkungen und Steuerungseffekte von Studiengebühren sind gesellschaftlich schädlich. Studiengebühren fördern ein antisoziales und entsolidarisierendes persönliches Bildungsverhalten und verstärken die gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit des Wissenschaftssystems. So genannte „bildungsferne“ Schichten werden noch stärker von weiterführender Bildung abgeschreckt.

3. Studiengebühren fördern soziale Ungleichheit! „Sozialverträgliche“ Studiengebühren kann es nicht geben! Das ist ein Widerspruch in sich. Jede Verkoppelung von Bildungschancen mit der -strukturell ungleichen - privaten Einkommens- und Vermögensverteilung in der Gesellschaft reproduziert die entsprechende Ungleichheit in der Bildung.

4. Bildung ist keine Ware!

Die Behauptung, Studiengebühren würden die Entscheidungsposition von Studierenden innerhalb der Institution Hochschule stärken, ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Studiengebühren ersetzen Rechts-, Beteiligungs- und Mitwirkungsansprüche durch ein privates Marktverhältnis zwischen VerkäuferInnen und KundInnen. Die neue „Freiheit“ der Studierenden wäre daher lediglich negativer Natur. Sie würde sich auf die Möglichkeit

beschränken, zwischen Angeboten wählen zu können, auf deren Zustandekommen sie nicht den geringsten Einfluss haben. Deshalb fordern wir die grundsätzliche individuelle Kostenfreiheit für alle weiterführenden Bildungswege. Dies bezieht sich nicht nur auf die Ablehnung der direkten Erhebung von Studiengebühren, sondern auch auf alle Modelle von Bildungsgutscheinen und privatem Bildungssparen.

Für demokratische Hochschulen!

Zudem lehnen wir es ab, als KundInnen an die Hochschule zu kommen. Eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Studierenden, als größte Mitgliedergruppe an den Hochschulen, ist für eine demokratische Gestaltung der Hochschulen und des Wissenschaftsprozesses zentral. Ohne die Verfasste Studierendenschaft sind die Hochschulen um einiges ärmer. Es fehlt ihnen nicht nur an der ursprünglich durch ihre Einführung nach dem Zweiten Weltkrieg intendierten „Schule der Demokratie“; es fehlt vor allem an gegenseitiger Unterstützung und Hilfe sowie an kritischen Reflexionen politischer und wissenschaftlicher Prozesse. Der Gesellschaft im Allgemeinen fehlt ohne Verfasste Studierendenschaften ein potentieller Akteur, der sich gemeinsam mit BündnispartnerInnen für eine soziale und demokratische Entwicklung einsetzen kann. Deshalb fordern wir die uns als gleichberechtigten Mitgliedern an der Hochschule zustehenden Mitbestimmungsrechte und setzen uns für die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft und eine Ausweitung ihrer Kompetenzen ein.

Donnerstag, 3.02.05
Demo gegen Studiengebühren
und für Verfasste Studieren-
denschaft
14:00 Uhr
Hbf Mannheim

weitere Infos:
www.kein-spiel-mit-bildung.de





Liebe Leserin, lieber Leser,

Inhaltsverzeichnis

Titelthema

Aufruf zur Süd-West-Demo	2
Studiengebühren im Anmarsch	5
Universitas Humana	7

Spektrum

Objektiv?	9
Schöne neue Hochschulwelt	9
Schwarzer Montag	11
Gesprengte Ketten?	13

Aus den AStA-Referaten

Licht aus - das leuchtet ein	14
Das Sozialreferat informiert	16

Uni Mannheim

Info für ausländische Studis	17
Voice over IP	18
Recherche-Datenbanken	18
KHG-Veranstaltungen	18
Nachruf auf die Philosophie	24

Kultur

Fellatio bei Sonnenaufgang	19
Erinnerung, Zisch	20
Hautnah	21

Rubriken

Kreuzworträtsel	22
-----------------	----

es ist gekommen, wie jeder es erwartet hat: Karlsruhe hat im Verfahren um das Hochschulrahmengesetz zugunsten der Länder entschieden. Überraschend nur, dass das Urteil so eindeutig ausfiel und dass sich alle Richter einig waren.

Heißt das nun, dass all die, die sich gegen Studiengebühren und für die Verfasste Studierendenschaft eingesetzt haben, einfach im Unrecht waren? Heißt es gar, dass es nun zurückzurudern gilt, weil offensichtlich die besseren Argumente aufseiten der Gegner liegen? Oder, dass man zumindest zurückstecken sollte, da die Sache nun eben ein für alle Mal entschieden ist?

Mitnichten.

Bildungs- und Wissenschaftspolitik ist in Deutschland überwiegend Ländersache. Und das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil nur entschieden, dass auch in diesen zwei Fragen den Ländern die Entscheidungskompetenz zusteht.

In der Sache jedoch ist es ja gar kein juristisches Thema, sondern ein politisches: die Gesellschaft muss sich klar werden, was sie von den Hochschulen, von den Studenten erwartet. Aus meiner Perspektive heißt das, ob man Bildung als Ware sieht oder als einen gemeinsamen und gegenseitigen Lernprozess. Die Politik kann letztlich nichts anderes tun, als die Meinung des Volkes zu respektieren.

Und was bedeutet das für uns Studis, unsere nach wie vor berechtigten Anliegen, und unser Engagement? Müssen wir nun uns oder gar unsere Überzeugungen dem vielzitierten „Sachzwang“ (Warum ist das eigentlich nicht „Unwort des Jahres“ geworden...?) unterordnen?

Wie bitte? Es aufgeben mitzudenken? Es aufgeben, unsere Gesellschaft mitzugestalten? Pustekuchen!

Wir müssen jetzt noch entschlossener und noch massiver an die Sache gehen. Wir müssen mehr riskieren!

Nicht nur pro forma auf der Demo mitlaufen, um unser Gewissen zu beruhigen. Wir müssen „die Verhältnisse zum Tanzen bringen“, wie der Berliner Professor Peter Grottian sagt.

Tun wir das! Fangen wir am Donnerstag an! Ich möchte Euch alle auf der Demo die Verhältnisse „zum Tanzen bringen“ sehen!

Euer Pancho

Impressum:

Die BASTA ist das Studierendenmagazin des AStA der Universität Mannheim.
Ausgabe 86 vom 1. Februar 2005 - ISSN 1432-4784 - Auflage 1700

Herausgeber: Allgemeiner Studierendenausschuß der Universität Mannheim

Redaktion: Bernd Oliver Sünderhauf (pancho) (V.i.S.d.P.), Sebastian Brünger (sb), Heike List (hl), Ana Ladan (al)
Mitarbeit: Michael Hoh (mh), Julia Rützel (jurü)
Layout: Heike List, Bernd Oliver Sünderhauf

Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Studierendenhaus L4, 12 - 68131 Mannheim - Tel: 0621/181-3373 - Fax: 3371
Internet: www.asta.uni-mannheim.de - eMail: basta@uni-mannheim.de

Die BASTA ist das Organ des AStA-Vorstandes und der AStA-Referate und erscheint während der Vorlesungszeiten monatlich. Extraausgaben sind vorgesehen. Sie steht den Studierenden der Universität Mannheim für Beiträge offen. Artikel mit sexistischem, rassistischem oder faschistischem Inhalt finden keine Aufnahme. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die presserechtliche Verantwortung liegt bei der AutorIn.

Diese BASTA wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt, der Innenteil besteht aus 100% Altpapier.





Karlsruhe hat entschieden – Studiengebühren im Anmarsch...

**Studiengebührenentscheidung des Bundesverfassungsgerichts –
ein politisches Urteil von Wolfgang Lieb,
ehemaliger Staatssekretär im Wissenschaftsministerium NRW.**

Das Karlsruher Urteil, den Grundsatz der Studiengebührenfreiheit im Hochschulrahmengesetz zu kippen, ist weniger ein juristisches, sondern eher ein politisches Urteil.

Ein politisches Urteil, weil es sich erstens die Position der CDU-regierten Länder in der Föderalismuskommission zu eigen macht und dem Bund nahezu jede Zuständigkeit in der Bildungspolitik abspricht. Von der Rahmenkompetenz des Bundes bleibt nur noch ein „Rahmen“ ohne Kompetenz.

Weil es zweitens das aus der Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 GG) in Verbindung mit dem Recht auf freie Berufswahl (Art. 12 GG) und dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 GG) abgeleitete Recht auf freien Zugang zu einer Hochschulausbildung bei allen Abwägungen komplett ausblendet.

Weil es drittens alle Argumente für das „Erfordernis“ einer bundesgesetzlichen Regelung der Gebührenfreiheit ohne jede Begründung negiert, dafür aber allen Behauptungen und Annahmen der Gebührenbefürworter kritiklos folgt.

- Zum Ersten: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Bestimmung der Gebührenfreiheit in § 27 Abs.4 Hochschulrahmengesetz nichtig ist, hat die bisherige Wertentscheidung über die gesellschaftspolitische Einordnung eines Studiums in Deutschland grundlegend revidiert:

Eine Hochschulausbildung wird nicht mehr - wie es seit der „Bildungskatastrophe“ der sechziger Jahre allgemeiner gesellschaftlicher Konsens war - als ein gemeinnütziges öffentliches Gut betrachtet, dessen Förderung eine öffentliche Aufgabe ist, sondern als ein privates Gut, als eine Ware angesehen, für die ein Preis verlangt oder eine „private Investition“ erwartet werden kann.

Wenn sogar ein derart grundlegender Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik nicht die Einheitlichkeit des Rechts auf Bildung (Art. 72 Abs. 2 GG) berührt und keine Rahmenzuständigkeit für den Gesamtstaat begründen kann, dann bleibt für den Bund nur noch ein „Rahmen ohne Bild“.

Die Karlsruher Richter können zwar nicht leugnen, dass mit der Entscheidung, „dass seit dem Jahr 1970 keine allgemeinen Studiengebühren erhoben werden“, ein „allgemeiner hochschulpolitischer Grundsatz fixiert“ worden sei, sie

geben aber diesen „Grundsatz“ der damaligen Hochschulreform ohne weitere Abwägungen preis, indem sie dem wohlfeilen Argument folgen, dass Studiengebühren den Hochschulen eine dringend notwendige zusätzliche „Einnahmequelle“ verschafften.

Die Frage, warum es zu einer Unterfinanzierung der Hochschulen gekommen ist, wird völlig außen vor gelassen.

Dass hinter der Sparpolitik der öffentlichen Hände eine politische Wertentscheidung steht, dass allein mit dem Verzicht auf die Senkung des Spitzensteuersatzes ein Mehrfaches an Einnahmen erzielt werden könnte als mit der Einführung der Studiengebühr, das wird nicht zur Kenntnis genommen.

Das politische Credo des neoliberalen Mainstreams, das da lautet, Steuern senken, staatliche Verantwortung zurückdrängen, öffentliche Leistungen privatisieren, wird von den Richtern nun auch zur Grundlage ihrer Rechtsauslegung erhoben.



Wie schon beim Urteil über die Juniorprofessur (siehe Nachdenkseiten vom 27.7.04)

ergreift die Mehrheit der den Unionsparteien nahestehenden Richter des Zweiten Senats Partei für die vor allem von den CDU-Ministerpräsidenten in der Föderalismuskommission vertretene Position, dass der Bund in der Bildungspolitik zu einer „außerordentlich zurückhaltenden Gesetzgebung verpflichtet“ sei und leistet damit – paradoxerweise - im Zeitalter der Internationalisierung der Hochschulausbildung der hochschulpolitischen Kleinstaaterei weiter Vorschub. Von der Rahmenkompetenz des Bundes bleibt nur noch ein Rahmen ohne Kompetenz.

- Zum Zweiten: Da die Richter in der Einführung der Studiengebühr keine bildungspolitische Grundsatzfrage des Hochschulwesens mehr sehen, sondern eben nur noch eine Frage nach der Erschließung einer zusätzlichen Einnahmequelle für die Hochschulen, können sie das Grundrecht auf Bildung, die Grundsätze der Freiheit der Berufswahl oder gar das Sozialstaatsgebot - alles konstituierende Begründungen für die Studiengebührenfreiheit von Verfassungsrang - ja auch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, locker beiseite schieben: „Auf die bildungspolitische Einschätzung der Erhebung allgemeiner Studiengebühren und des dazu vorgelegten Materials kommt es hier indes nicht an“ sagen die Richter.

5





Titelthema

Gebühren-Geld macht eben sinnlich und das Geld blendet „Justitia“ offenbar so sehr, dass sie meint, auf das Tuch vor ihren Augen - will sagen, auf ihre Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber den vor Gericht stehenden Parteien - verzichten zu können.

- Zum Dritten: Letztlich stützte das Gericht seine Entscheidung darauf, dass die Normierung der Studiengebührenfreiheit im Hochschulrahmengesetz nicht „erforderlich“ sei, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Ländern der Bundesrepublik zu wahren.

Die Art und Weise, wie die Überprüfung der „Erforderlichkeit“ erfolgt, ist mehr als ärgerlich. Sie entbehrt jeglicher juristischen Begründung und folgt ausschließlich politischer Wertung. Noch mehr: Die Richter bügeln jeden empirischen Hinweis und jedes ernst zu nehmendes Argument für die Studiengebührenfreiheit mit spekulativen Annahmen und unbewiesenen Behauptungen ab, so als gehe es von vornherein nur noch darum, den Befürwortern der Studiengebühren und ihren ideologischen Begründungen „den Weg frei zu machen“. Karlsruhe macht den Weg für Studiengebühren frei, so lauten denn auch die triumphierenden Schlagzeilen von SPIEGEL und ZDF.

Ob die Einführung von Studiengebühren, wie der Bundesgesetzgeber meint, „zu einer Verunsicherung derjenigen führe, die in den nächsten Jahren ein Studium aufnehmen wollten“, was in letzter Konsequenz zu einem Rückgang der Zahl der Studienanfänger führen könne, ob die „Festschreibung der Gebührenfreiheit Rechtssicherheit“ schaffe und die „Studierneigung für das ganze Bundesgebiet“ unterstütze, ob damit „bildungsferne Bevölkerungskreise an das Hochschulstudium herangeführt“ werden könnten, für alle diese Argumente – so das Urteil - „bestehen jedoch zurzeit keine hinreichenden Anhaltspunkte“. Das behaupten die Richter einfach so, ohne dass sie sich auch nur die geringste Mühe machten, auch nur ein einziges Gegenargument zu nennen.

Was jede Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks seit Jahren empirisch erhärtet, nämlich dass für die überwiegende Anzahl der Studierenden (vor allem aus Kostengründen) sowohl für die Wahl des Studienortes als auch für die grundsätzliche Entscheidung, überhaupt zu studieren, die „Heimatsnähe“ der Hochschule von großem Gewicht ist, das ist für unsere Karlsruher Richter „nicht ohne weiteres einschätzbar“.

Sehr wohl meinen die Richter dagegen einschätzen zu können, dass „Studiengebühren in der bislang diskutierten Größenordnung von 500€ je Semester im Vergleich zu den ...Lebenshaltungskosten von nachrangiger Bedeutung sind.“ Das nenne ich schlicht ein die Lebenswirklichkeit der Unter- und Mittelschichten verweigerndes „Oberschicht-Denken“. Zumal man keine prophetische Gabe haben muss, um vorher zu sagen, dass die derzeit gehandelten 500€ nur eine Einstiegsdroge sind.

Obwohl es schon konkrete Schubladengesetze zur Einführung von Studiengebühren in mehreren Ländern gibt und obwohl es noch kein einziges durchdachtes, geschweige denn durchfinanziertes Fördermodell gibt, das „bei einer Einführung von Studiengebühren den Belangen einkommensschwacher Bevölkerungskreise angemessen Rechnung trägt“, meinen die Richter ohne jede weitere Auflage „davon ausgehen“ zu können, dass die Länder die geeignete

Regelungen schon schaffen würden. Das ist blauäugiger Optimismus, aber keine Juristerei.

Auch die von der Bundesregierung angeführte historische Tatsache, „das nach Einführung von Langzeitstudiengebühren in Hessen im Sommersemester 2004 rund 1400 Studierende hauptsächlich von hessischen Hochschulen an die Universität Mainz gewechselt sind“, „erschüttert“ die Richter nicht.

Sie verweisen dazu nur ziemlich zynisch darauf, dass „Verschlechterungen der Studienbedingungen an einzelnen Hochschulen...die freie Wahl der Ausbildungsstätte“ schließlich nicht einschränkte und verlassen sich auf „die nahe liegende Annahme“, dass die mit der Überbelegung von Hochschulen ohne Studiengebühr „verbundenen Qualitätsverluste regulierend auf des Verhalten der Studierenden“ einwirke und sich dadurch binnen kurzem wieder eine ausgewogene Inanspruchnahme der Hochschulen einstelle. Empirische Sachverhalte werden also mit ziemlich studierendenverachtenden hypothetischen Betrachtungen, dass sich das alles von selbst regelt, aus der Welt geräumt. Die „invisible hand“ lässt grüßen.

Selbst die jetzt schon vorhersehbare „Erwägung, dass durch die Entscheidung einzelner Länder allgemeine Studiengebühren zu erheben, die anderen Länder ...politisch gezwungen sein könnten, ebenfalls Studiengebühren einzuführen, zeigt keine Gefahr für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf“, meint das Gericht.

Man kann einen Tatsachenhinweis und ein Argument der Befürworter der Studiengebührenfreiheit nach dem anderen nehmen, keines wird entkräftet, sondern allenfalls mit spekulativen und hypothetischen Behauptungen der Gebührenbefürworter abgebügelt.

Die gesamte Urteilsbegründung könnte auch aus den Broschüren der wichtigsten PR-Agentur für die Einführung der Studiengebühren, dem Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung entnommen sein. Das gilt bis hin zu der Behauptung, dass Studiengebühren die Chance eröffnen, „die Qualität der Hochschulen und eine wertebewusste Inanspruchnahme ihrer Ausbildungsleistungen zu fördern und auf diese Weise auch Ziele der Gesamtwirtschaft zu verfolgen.“ Um die Ziele der „Gesamtwirtschaft“ und nicht mehr um die Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung geht es also?

Man kann dieses juristisch furchtbare Urteil mit einem Satz bewerten:

Die millionenschweren Investitionen in die Propagierung von Studiengebühren von INSM, von Stifterverband der Wirtschaft oder von der Bertelsmann-Stiftung haben sich gelohnt. Ihre andauernde pseudoökonomische Propaganda für Studiengebühren hat sich im Laufe der letzten Jahre in weiten Teilen der Politik und den Medien durchgesetzt. Die Betriebswirte vom Centrum für Hochschulentwicklung aus Gütersloh haben jetzt eben auch in Karlsruhe gewonnen.

p.s.: Dass en passant mit diesem Urteil noch die „verfasste Studierendenschaft“ abgeschafft wurde, passt in das Bild, dass der künftige Student als zahlender „Kunde“ ja zum „König“ wird und deshalb keine demokratische Mitbestimmung mehr nötig hat.

(auf: <http://www.nachdenkenseiten.de>)



Universitas Humana!

Seit Dienstag, dem 14. Dezember gibt es den neuen Arbeitskreis „Freie Bildung“ an der Uni Mannheim. Der Kreis befasst sich mit der Studiengebühr, die von der Landesregierung Baden-Württemberg (für das nächste Wintersemester WS05/06) geplant ist.

Unsere Gruppe ist sich einig, dass die Studiengebühr verhindert werden muss. In der Vergangenheit wurden viele Argumente gegen die von Bildungsminister Frankenberg geplante Studiengebühr genannt. Das Problem der Entscheidung für oder gegen die Studiengebühr ist, dass sie eine Entscheidung ohne wenn und aber ist. Sie wird unabhängig von einer bestimmten Form gefällt. Viele maßgebliche Fragen bleiben also offen: Wie hoch fällt die Gebühr aus? Wird es spezielle Regelungen für sozial Schwache geben? Kommen die Einnahmen aus der Studiengebühr den Unis zugute? Es bleibt bei Spekulationen.

Wer die Studiengebühr grundsätzlich begrüßt, ist hin- und hergerissen. Sollte man die Studiengebühr aufgrund des schlechten Konzepts unseres Bildungsministers komplett ablehnen oder ist es eher angebracht für die Studiengebühr einzutreten und ihre Umsetzung zu verbessern?

Wir, der „AK Freie Bildung“, lehnen die Studiengebühr generell ab! Wir teilen die humboldtsche humanistische Bildungsauffassung. Es geht uns nicht darum, den Studenten ein bequemes Studium zu gewährleisten. Es geht vielmehr um die grundsätzliche Frage, was der Begriff Studium für uns bedeutet.

Die Idee der humanistischen Bildungsauffassung ist schnell erklärt. Das Ziel der universitären Bildung ist die umfassende Persönlichkeitsbildung und das Ideal eines Menschen, der an der Gesamtheit der Bildung teilhat.

Diese Auffassung mag teilweise veraltet klingen, weil eine möglichst gute Anpassung an die Anforderungen des Arbeitsmarktes in den Vordergrund gerückt ist. Wir wollen nicht abstreiten, dass heute eine gewisse Spezialisierung für das berufliche Fortkommen unabdingbar ist. Nichtsdestotrotz machen vor allem der durch die Globalisierung zunehmende Neoliberalismus und der Werteverlust in der Gesellschaft die **Rückbeziehung auf den Menschen** nötig.

Wir wünschen uns eine Universität, die die fundierte fachliche Grundbildung durch eine humanistische Menschenbildung ergänzt. Für uns stellt „Universität“, der ursprünglichen lateinischen Bedeutung folgend, die Vermittlung der Gesamtheit des Wissens und die Sicherung der ethischen Grundlage wissenschaftlichen Strebens dar.

Gesamtheit der Bildung bedeutet für die einzelnen Fachbereiche den viel zitierten „Blick über den Teller- rand“. Ethische Grundlage bedeutet für alle Fachbereiche, den Bezug auf den Menschen nicht aus den Augen zu verlieren. Das kann bei den ständigen Abstraktionen und Modellen leicht passieren.

Wenn das Studium bezahlt werden muss, wird jeder sein Studium so kurz wie möglich gestalten und unter dem Zeitdruck das kritische Denken einsparen. Heute haben wir Studenten und Studentinnen noch Zeit und Mittel uns kritisch mit den Lehrinhalten auseinanderzusetzen. Das ist ganz im Sinne von Humboldt. Humboldt ergriff Partei für das Individuum und stellte sich gegen dessen gesellschaftliche Vereinnahmung. **Der universitär gebildete Mensch erweist der Gesellschaft seinen Dienst** auch ohne dass dies primäres Ziel der Bildung ist. Dieser Dienst sollte nicht allein materiell gemessen werden. Die Studiengebühr tut das. Ein Wirtschaftstudent wird wahrscheinlicher einen gut bezahlten Job finden als ein Philosophiestudent. Aber auch der Student einer Geisteswissenschaft wird der Gesellschaft einen Dienst erweisen. Kultur lässt sich nicht materiell aufwiegen. Die Studiengebühr wird zum Wegfall der Orchideenfächer führen, weil sie für die Studenten aufgrund der Berufsaussichten nicht finanzierbar sein werden.

Die heterogene Struktur einer Studentenschaft in Nationalität, sozialer Herkunft und Weltanschauung fördert, ja bedingt das universitäre Leben. Die Einführung von Studiengebühren, die an jeder Universität anders aussehen werden, wird zu einer universitären Landschaft führen, in der jede Uni ihr Klientel, sowohl in sozioökonomischer als auch politischer Couleur bündelt. Hier werden Universitäten der Eliten entstehen, die sich fundamental von der Idee der humanistischen Universität unterscheiden.

Heute gibt es schon Studiengebühren an privaten Hochschulen und die Konzepte dieser „Hochschulen“ gehen auf. Doch warum?

Weil hier eine Schwerpunktbildung auf „rentable“ Studiengänge stattgefunden hat!

Aber wollen wir unsere Bildung nach Rentabilität beurteilen?

Soll nur gelehrt werden, was sich im direkten Anschluss verkaufen lässt?

Die Herausbildung eines mündigen und kritischen Bürgers ist kein Fabrikationsprozess! Studiengebühren bedeuten einen Kahlschlag für die Vielfalt der Bildungsmöglichkeiten in Deutschland und stehen im Widerspruch zur Bildung, wie deutschsprachige Universitäten sie seit über 750 Jahren darstellen.

Max Neufeld, Nils Witte

7



Spektrum



Schöne neue Hochschulwelt

Von Christoph Krammer.

Die Diskussion um die Beteiligung der Studierenden an der Finanzierung des deutschen Hochschulsystems ist wohl so alt wie die knappen Haushalte. Seit Jahren streiten Experten, und solche die es glauben zu sein, darum ob und in welcher Form sich Studenten an ihrer Ausbildung finanziell beteiligen sollen. In Zeiten knapper Kassen müssen alle mit anpacken, so ein Hauptargument derer, die mit immer weniger Einnahmen arbeiten müssen.

Doch eins vorweg: Wenn ich ab morgen 500 Euro für jedes Semester meines Studium bezahlen müsste, dann würde mich das stören. Geld ist knapp, gerade in diesen Tagen. Mein Geld an den hochkomplexen Verwaltungsapparat des Staates zu geben, löst in mir ein gewisses Unbehagen aus. Ich möchte wissen, was es mir bringt, diese Gebühr zu zahlen. Denn anders als für eine Steuer erwartet man für eine Gebühr eine direkte Gegenleistung.

Damit also die Erhebung von Studiengebühren akzeptabel ist, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein, die sich grob in zwei Bereiche teilen lassen: Studiengebühren müssen sozialverträglich sein und den Hochschulen direkt und unmittelbar zu Gute kommen. Insbesondere darf sich der Staat nicht aus der Verantwortung ziehen, nach wie vor muss er den Hauptteil der Kosten der Lehre an Universitäten tragen.

Jede Form von Beteiligung der Studierenden darf nicht so gestaltet sein, dass sozial schlechter Gestellte abgeschreckt werden. Gerade in der Chancengleichheit aller gesellschaftlichen Gruppen liegt ein großes Potential für die Zukunft. Die Gefahr dieses Potential zu verlieren ist groß, daher müssen auf allen Ebenen der Beteiligung Anreize für sämtliche Gesellschaftsschichten geschaffen werden.

Die Durchsetzbarkeit und Akzeptanz eines Systems zur Studienfinanzierung wird von diesem Faktor ganz entscheidend abhängen. Weder unter den Studierenden noch unter der Bevölkerung wird sich eine Zustimmung zu einem Modell finden, in dem zu befürchten ist, dass sozial Schwache von der Hochschulbil-

dung ausgeschlossen werden.

Für die Akzeptanz nicht minder wichtig ist aber den Aspekt der Gegenleistungen von Studiengebühren zu betonen. Eine repräsentative Forsa-Umfrage ergab eine Zustimmung zu Studiengebühren in der Bevölkerung von 54%, wenn diese der Hochschule direkt zu Gute kommen. Wenn diese im Haushalt versickern sinkt die Zustimmung deutlich auf unter 30%.

Im Zusammenhang mit dem Themenkomplex der direkten Förderung stehen einige weitere Aspekte, die im Folgenden nur kurz erwähnt seien. Das System muss Anreize zum wirtschaftlichen Handeln der Verwaltung und der Hochschulen bieten, insbesondere muss es finanziell ergiebig sein. Wenn große Teile der Einnahmen in einer bürokratischen Verwaltung verschwinden, kann es keine Zustimmung geben. Es muss durchsetzbar sein, also Akzeptanz von allen Seiten finden. Ein ganz wichtiger Schritt dazu ist die Transparenz des Geldflusses. Jeder muss wissen, wofür und wieso sein Geld eingesetzt wird.

Um nun diese Probleme nicht nur einfach stehen zu lassen, soll ein Modell vorgestellt werden, das in etwa dieser Form seit vielen Jahren in der Schublade liegt. Bereits 1998 hat das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) ein Modell entwickelt, in dem versucht wurde Vorteile der Beteiligung der Studierenden an der Finanzierung zu verstärken und die Nachteile abzumildern. Dieses Modell war die Basis für zahlreiche weitere Vorschläge aus Politik und Wissenschaft.

Darin ist eine Erhebung von Studiengebühren pro Semester vorgesehen. Die genaue Höhe der Gebühren kann von Land oder einzelner Hochschule selbst festgelegt werden, jedoch hat der Staat dafür Sorge zu tragen, dass keine unverhältnismäßigen Gebühren erhoben werden. Die Erhebung pro Semester ist die einzig faire Berechnungsweise, zum einen werden Studienfachwechsler dadurch nicht übermäßig belastet und zum zweiten werden Leistungsanreize für Studierende geschaffen.

Hinweis: Beiträge in der Rubrik spektrum geben grundsätzlich nur die Meinung der genannten Autoren





Gibt es die eine objektiv richtige Meinung?

Der AStA ist ein Abbild der Studierenden, die ihn gewählt haben. In vielen Bereichen ist man sich einig und zieht an einem Strang, schließlich ist es das Ziel aller, die sich engagieren, für die Interessen der Studierenden da zu sein.

Dann gibt es aber auch Themen, um die heftigst gestritten wird. Einigen mag das unnötig oder gar störend erscheinen. Doch bedingen unterschiedliche Grundüberzeugungen, Menschenbilder, Prioritätensetzungen nun mal unterschiedliche Meinungen zu vielen wichtigen Themen. Und das ist gut so. Denn gerade im Wettbewerb der

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)



Die Studiengebühren werden sofort fällig, d.h. in dem Semester in dem ein Student auch effektiv studiert, fließt der Hochschule auch Geld zu. Für alle, die Gebühren nicht sofort zahlen können – oder wollen – wird über eine Landesinstitution Geld von einer Privatbank verliehen. Dies hat gleich mehrere positive Aspekte: Die Hochschulen haben in jedem Semester Geld proportional zur Anzahl ihrer Studenten zur Verfügung. Die Studenten werden zu Kunden ihrer Universität, sie entscheiden wo sie ihr Geld ausgeben. Gleichzeitig wird keine staatliche Institution mit neuen Schulden belastet. Die Privatwirtschaft bringt „frisches Geld“ in den Finanzierungskreislauf. Die zwischengeschaltete Landesinstitution übernimmt dabei die Ausfallsicherung des Kredites, was zu niedrigeren Zinsen führt.

Diejenigen, die sich für die Kreditaufnahme entscheiden, zahlen den Kreditbetrag dann zurück, wenn sie nach Abschluss des Studiums ein gewisses Einkommen erreichen, das z.B. als Prozentsatz des Durchschnittseinkommens definiert werden kann. Hierbei wird pro Jahr ein gewisser Prozentsatz des Einkommens zur Rückzahlung fällig. Wichtig ist dabei herauszustellen, dass der Gesamtbetrag, der zurück zu zahlen ist nicht von den jährlichen Raten abhängt. Wer also nach seinem Studium weniger verdient, wird nicht durch zusätzliche Zinsen belastet, er zahlt real den gleichen Betrag wie ein Spitzenverdiener.

Um BAföG-Empfänger in der Zeit des Berufseinstiegs und der Familienplanung nicht überdurchschnittlich zu belasten, soll für diese Gruppe eine niedrigere Rückzahlungsrate oder eine Stundung festgelegt werden. Alle Schulden, die nach einer gewissen Frist nicht bezahlt werden konnten, verfallen.

Das Geld, das den Hochschulen in diesem Modell zugeht, ist zweckgebunden und kann nur für die Lehre eingesetzt werden. Gleichzeitig soll über neue Formen der staatlichen Hochschulmittelvergabe nachgedacht werden. Beispielsweise kann über langfristig festge-

schriebene Formeln den Hochschulen eine klare Planungsgrundlage gegeben werden und gleichzeitig wird verhindert, dass ein Finanzminister Bildung nach Haushaltslage macht.

Zusammenfassend lässt sich das vorliegende Modell durchaus als Ausgangspunkt betrachten, denn viele Aspekte sollen soziale Selektion verhindern und die Chancengleichheit fördern. Beispiele aus anderen Ländern, die ähnliche Systeme eingeführt haben, zeigen, dass es sozialverträgliche Möglichkeiten der Studienfinanzierung gibt. Sicher gibt es viele Aspekte, die im Detail ausgearbeitet werden müssen, die viel Arbeit und viel Einsatz von allen Beteiligten erfordern.

Auch ist natürlich die staatliche Finanzierung auf jeden Fall zu sichern. Studiengebühren sind auf keinen Fall per se sozial oder unsozial, das ist stets Sache der Ausgestaltung. Zentrales Anliegen der Studierenden muss daher sein, an der Entwicklung von Modellen konstruktiv und ohne verhärtete Ideologien teilzunehmen. Nur, wenn wir selbst auf Probleme und Missstände hinweisen, können diese in die Gestaltung einfließen. Wir selbst wissen am besten, wo es in der Lehre an Hochschulen – und an unserer Universität ganz speziell – hapert.

Wir alle sollten frei von Vorurteilen am Prozess der Umsetzung mitwirken, um so diesen großen Wissensvorsprung auszuspielen und die Welt von morgen aktiv mitzugestalten. Unseren Anspruch auf einen weltweiten Spitzenplatz in Bildung und Forschung können wir nur mit vereinten Kräften erreichen. Die volkswirtschaftliche Zukunft unseres Landes wird wesentlich von unseren Leistungen in Bildung und Forschung abhängen.

(Christoph Krammer studiert an der Universität Mannheim Wirtschaftsinformatik im fünften Semester. Er ist Mitglied des Fakultätsrates der Fakultät Mathematik und Informatik, stellvertretendes Mitglied des AStAs und Senats, sowie Mitglied des Informationsausschusses des Senats.)

bzw. Gruppen wieder und lassen keine Rückschlüsse auf die Meinung der BASTA-Redaktion oder des AStA zu.

9





Spektrum

Meinungen kann sich die durchsetzen, auf deren Seite die stärkeren Argumente stehen.

Um einer möglichst großen Vielzahl von Meinungen Raum zu geben, führen wir von der BASTA mit dieser Ausgabe die neue Rubrik **spektrum** ein. Im **spektrum** können nicht nur die Hochschulgruppen und Initiativen, sondern auch einzelne Personen (also zum Beispiel Du!) Beiträge veröffentlichen, die im weitesten Sinne etwas mit Hochschulpolitik zu tun haben.

Nicht immer kann jeder Beitrag berücksichtigt werden. Wir von der BASTA-Redaktion wählen die Beiträge jedoch nicht danach aus, ob wir die Meinung teilen oder nicht. Ein Beitrag muss vielmehr eine gewisse Qualität aufweisen,



Die nächste Uni-Fete kommt bestimmt!

Schwarzer Montag fordert die zukünftige Bildungselite auf, ihrer Verpflichtung aus ihrer gesellschaftlichen Stellung nachzukommen.

Während allerdings Löhne und Gehälter ständig sinken, steigen *auch* die Preise für existentiell Notwendiges (verwiesen sei hier auf die kürzlich durchgeführte Erhöhung der

ZENS

**Der Abdruck dieses Artikels wurde von
terbunden. Vermutlich ist er zu unbequ
geleicht sein!**

**Wir werden über die Konsequenzen be
uns keinen Maulkorb anlegen lassen!**

gangsschützes sowie letztlich zu Arbeitslosigkeit. Zumindest kann so ein jeder, ob gewollt oder nicht, zum `Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft` werden.

Unternehmen versucht der Staat, seine Verschuldung zu verkleinern. Bei wem aber ist der Staat verschuldet? Richtig, u.a. bei der Deutschen Bundesbank (des weiteren bei pri-

Hinweis: Beiträge in der Rubrik **spektrum geben grundsätzlich nur die Meinung der genannten Autoren**





um abgedruckt zu werden, er muss für unsere Leser von Interesse sein und darf nicht unangemessen lang sein. Auch Beiträge, in denen es im Wesentlichen darum geht, für sich Werbung zu machen (à la „Wir sind toll!“), werden wir ablehnen, wir sind schließlich kein Anzeigenblatt. Grenzen des guten Geschmacks sind ebenfalls zu beachten wie rechtliche Schranken.

Wir freuen uns auf viele spannende Diskussionsbeiträge in den kommenden Monaten! Wenn es schon keine *objektiv richtige Meinung* gibt, möchten wir Dir helfen, die *für Dich richtige Meinung* zu finden. Die Meinung, hinter der Du voll und ganz stehen kannst und für die Du auch einzustehen bereit bist!

Die Redaktion

vaten Großbanken). Wer meint, diese sei aufgrund ihres Namens eine staatliche Einrichtung, der irrt. Tatsächlich befindet sie sich in Privatbesitz wahrscheinlich mehrerer Großfinanziers. Diese verlangen dann für das geliehene Geld Zinsen. Diese Zinsen werden aus Steuergeldern finanziert, die zum großen

Bank unabhängiges Geld einzuführen?). Akademiker in spe sollten in der Lage und bestrebt sein, über den Tellerrand einschläfernder Vorlesungen hinaus zu schauen. Warum nehmen Studenten und Arbeitnehmer des sozialen Bereichs stillschweigend hin, dass sich soziale Dienstleister mehr an ökonomischen



SIERT

**der Verwaltung der Uni Mannheim un-
em. Und Studenten sollen ja schön pfle-**

**eraten. Jedenfalls sollten wir Studenten
Die Redaktion**

dieses Bereichs angeregt würde (Frage: Warum hat man noch nie davon gehört, dass JFK zum Zeitpunkt seiner Ermordung damit beschäftigt war, ein von der Federal Reserve

schon in Sicht: UNI-FETE !!!

Kritik? Informationen? Stellungnahme?
SchwarzerMontag@gmx.de

bzw. Gruppen wieder und lassen keine Rückschlüsse auf die Meinung der BASTA-Redaktion oder des AStA zu.





Rechtswissenschaft Gesprengte Ketten?

Eine Erwiderung auf den Artikel „Jura in Ketten – Ökonomisierung der Wissenschaft – nächstes Opfer die Juristen“ aus der BASTA Nr. 85 von Ulay Özer

Der nachfolgende Artikel stellt den Standpunkt der gewählten Fachschaft Rechtswissenschaft dar, sowie der ehemaligen Fachschaftsmitglieder, die in dem fraglichen Artikel angegriffen wurden. Er soll vor allem der Klarstellung von Missverständnissen dienen.

Jeder Studierende der Rechtswissenschaft, der zur ersten Examensprüfung nach dem Wintersemester 2006/07 antritt, muss nach der neuen Juristenausbildungsprüfungsordnung (JAPrO), dem geänderten deutschen Richtergesetz (DRiG) und der von der Fakultät Jura erlassenen Prüfungs- und Studienordnung (JuSPO) richten, die insbesondere ein Schwerpunktstudium nach Absolvieren des Grundstudiums vorschreibt, in dem auch ein Teil (30%) der Examensleistung erbracht wird.

Mit der – vom deutschen Richtergesetz, einem Bundesgesetz – vorgeschriebenen Spezialisierung in Schwerpunkt wird eine lange von Teilen der Wissenschaft und vor allem der anwaltlichen und richterlichen Praxis gestellte Forderung erfüllt. Diese Änderungen basieren auf dem DRiG, sie sind unumgänglich für alle

Bundesländer und damit auch für alle Fakultäten. Freilich ist damit keine Abkehr vom Volljuristen gemacht – nach wie vor wird eine kaum veränderte Examensprüfung alter Form (6 Klausuren – 70% der Prüfungsleistung) in allen drei Rechtsgebieten gefordert. Nach Erwerb des I. Examens stehen nach wie vor alle Jurastudenten auf einem vergleichbaren Abschluss und sind zum Referendariat uneingeschränkt zugelassen.

Diese Schwerpunkte waren nun jüngst (BASTA Ausgabe Nr. 85 – Dezember 2004) Gegenstand eines Artikels, der sich kritisch mit den verschiedenen Neuregelungen auseinandersetzte.

Eine dieser Neuerungen ist das Erfordernis, zwei BWL Qualifikationen innerhalb von zwei Semestern zur Erlangung der Zwischenprüfung zu erwerben. (Hier sei angemerkt, dass nach der Übergangsregelung dies nicht für alle Studierenden, die bereits begonnen haben gilt, Informationen erteilt die FS Jura zu ihren Sprechzeiten). Dabei soll zunächst daran erinnert werden, dass auch nach alter JAPrO Prüfungen im Wirtschaftswissenschaftlichen Bereich bekannt waren. So wurden früher zwei VWL-Prüfungen in Baden-Württemberg verlangt, auch noch in den

letzten Semestern wurde bei uns wenigstens ein Sitzschein gefordert. Ob eine Änderung von VWL zu BWL eine wesentliche Änderung bedeutet mag dahinstehen. Insgesamt werden höchstens acht, eher sechs, Semesterwochenstunden (SWS) gefordert werden. Diese verteilen sich zwar über zwei Semester, allerdings kann von einem zweisemestrigen Vollstudium der BWL keine Rede sein.

Hier hat die Fachschaft Jura sich insbesondere – erfolgreich – für eine Begrenzung des Umfangs des BWL-Stoffes eingesetzt, wie auch dafür, dass wir eigene Vorlesungen und Prüfungen erhalten und nicht mit den BWLern gemeinsame, womöglich wesentlich anspruchsvollere Prüfungen ablegen müssen. Auch kämpfen wir nach wie vor in der Studienkommission wie im Fakultätsrat für mehr Wiederholungsmöglichkeiten dieser Prüfungen und hoffen, hier auf Verständnis bei den Professoren zu stoßen.

Was nun den Hauptkritikpunkt des Artikels betrifft, die Existenz und der Inhalt der in Mannheim angebotenen Schwerpunkte, so soll zunächst einmal eine Aufführung des strittigen Stoffes erfolgen: Die Schwerpunkte in Mannheim sind *Unternehmensrecht* (*Gesellschafts- und Arbeitsrecht*); *Allfinanz* (*Bank- und Versicherungsrecht*); *Handels-, Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht*; *Öffentliches Wirtschaftsrecht und Medien- und Telekommunikationsrecht*; *Steuerrecht*; *Umwelt- und Wirtschaftsstrafrecht*; *Medizinrecht*. Dieses sind drei zivilrechtliche, zwei öffentlich-rechtliche, ein strafrechtliches und ein

Hinweis: Beiträge in der Rubrik spektrum geben grundsätzlich nur die Meinung der genannten Autoren

Klarstellung des AStA-Vorstandes zum Artikel „Jura in Ketten“ in BASTA 85:





gemischt zivil- und öffentlich-rechtliches Gebiet. Auch wenn die Ausrichtung erkennbar wirtschaftlich ist, sind auch Umweltstrafrecht, Steuerrecht, Medienrecht oder Medizinrecht verfügbar. Mit sieben Schwerpunkten stellt die Universität Mannheim für die Größe der Fakultät eine umfangreiche Auswahl zur Verfügung – Universitäten mit zwei Mal so viel Studenten haben teilweise nur acht oder neun Schwerpunkte. Daran ist ersichtlich, dass weitere Schwerpunkte schwer realisierbar wären.

Mit der getroffenen Auswahl wurde ein Beschluss des Ministerrates umgesetzt, der im WS 03/04 die Existenz der juristischen Fakultät bestätigte (gegen politischen Widerstand), unter der Auflage, die bereits getroffene wirtschaftliche Ausrichtung zu vertiefen. Zudem brachte uns diese Spezialisierung einen dringend benötigten weiteren Lehrstuhl (für Bank- und Kapitalmarktrecht) im „Wettbewerb der Konzepte“ der Universität Mannheim. Der Ruf Mannheims ist der einer wirtschaftlich kompetenten Jurafakultät. Daran wird sich nichts ändern, das wird sich eher vertiefen. Es wäre auch schwierig, die Schwerpunkte anders als geschehen einzurichten. So ist für die Einrichtung eines Schwerpunktes ein entsprechend spezialisierter Professor, der bereit zur Übernahme der Prüfungsleistungen ist, erforderlich. Die personelle Ausrichtung der Fakultät bedingt damit die möglichen Schwerpunkte. Ein Schwerpunkt in den vom Autor des Artikels geforderten Bereichen wurde zwar von unserer Seite durchaus gewünscht, war bislang aber leider nicht umsetzbar. Aufgrund der Bedeutung des Europarechts und der Tatsache, dass an nahezu allen Fakultäten ein derartiger Schwerpunkt angeboten wird, mag offen bleiben, ob nicht ein solcher Schwerpunkt noch eingerichtet werden kann. Selbstverständlich setzt sich die Fachschaft Jura jederzeit für eine Erweiterung des Studienangebots ein – früher wie heute.

Der Autor kritisiert auch stark das geplante Auswahlverfahren zu den Schwerpunkten als „Anbiederung an die Wirt-

schaft“. Wenn mehr Studenten einen Schwerpunkt wählen als sinnvoll Plätze (insbesondere in den Seminaren als Bestandteil der Schwerpunktprüfung) verfügbar sind, liegt es in der Natur der Sache, dass irgendwie eine Auswahl zu erfolgen hat. Dass diese Auswahl über Leistung als Kriterium erfolgt, ist letztlich die einzig gerechte Lösung. Die gleiche Lösung wurde und wird bereits unwidersprochen und verfassungsgemäß bei der Vergabe von Studienplätzen im Allgemeinen angewandt. Eine bessere Regelung scheint schwer vorstellbar – man kann nicht ernsthaft wollen, dass sechzig Leute in einem Seminar sitzen, wenn man jemals Teilnehmer eines solchen gewesen ist.

Überdies erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass alle Studierenden eines Jahrgangs nur ELNES der SIEBEN Schwerpunktbereiche wählen. Sollte dies tatsächlich eintreten, kann über eine Ausweitung sicher auch mit den Professoren geredet werden, schließlich sind diese die Letzten, die ein Interesse an ihrem Fachgebiet zurückweisen wollen. Ebenso utopisch ist das düstere Bild der Zukunft der Rechtspflege, das der Autor gegen Ende seines Artikels zeichnet. Offenbar will er die – jüngst in Hamburg in einem Schwerpunkt wieder auflebende – ökonomische Analyse des Rechts kritisieren, die in Mannheim jedoch keine Anhänger hat.

Auch bleibt die Ausbildung in Mannheim im Familien- und Erbrecht in **exakt dem gleichen Umfang** erhalten, den sie auch vorher hatte. Der Wegfall der Wahlfachgruppe 2 (Freiwillige Gerichtsbarkeit) und 18a (Vertragsgestaltung Familien- und

Erbrecht) bedeutet nur einen Wegfall einer besonderen Veranstaltung mit 2 Semesterwochenstunden. Dadurch wird die Qualität der Mannheimer Volljuristen nicht gemindert – zudem würden „wirtschaftliche Rechtsidioten“ keinesfalls eines der beiden Examen (mit nahezu identischem Prüfungsstoff wie vor der Reform) bestehen können – schon gar nicht mit dem für das Richteramt erforderlichen Prädikat.

Im Ergebnis bleibt folgendes festzuhalten: Die Existenz der Schwerpunkte ist ein bundesrechtlich festgeschriebenes Faktum, über das zu diskutieren allenfalls philosophischen Charakter haben kann. Der Inhalt der Schwerpunkte ist diskutabel, allerdings teilweise aus den Gegebenheiten unserer Fakultät hervorgegangen – dies kann man gutheißen oder nicht. Die Fachschaft Jura hat stets dafür gekämpft, möglichst ausgewogene Schwerpunkte zu erreichen und einer zu starken Abhängigkeit von der BWL entgegenzuwirken. Dies nicht nur, weil es unsere Pflicht ist, die Interessen aller Studierenden zu vertreten, sondern auch, weil viele von uns von den Änderungen persönlich betroffen sind (etwa die Hälfte der letzten und *alle* Mitglieder der aktuellen Fachschaft, um präzise zu sein).

So man uns dann mangelndes Engagement und „Herzlosigkeit“ vorwirft, können wir dies nicht nachvollziehen. Uns erscheint es vielmehr so, dass der Autor sich schlecht – wenn überhaupt – informiert hat. Für eine sachliche Diskussion der Problematik stehen wir natürlich stets zur Verfügung.

Fachschaft Jura

bzw. Gruppen wieder und lassen keine Rückschlüsse auf die Meinung der BASTA-Redaktion oder des AStA zu.

In der letzten Ausgabe der BASTA erschien ein Artikel des Studenten Ulay Özer mit dem Titel „Jura in Ketten“. Özer kritisierte darin die wirtschaftsrechtliche Profilbildung der juristischen Fakultät und die damit einhergehende Problematik der Schwerpunktbereiche. In diesem Zusammenhang monierte Özer auch, dass die Fachschaft Jura sich in dieser Frage angeblich äußerst passiv verhält. Dieser Artikel spiegelt NICHT die Meinung des AStA der Uni Mannheim wider. Özer ist weder ordentliches Mitglied im AStA noch gewählter Referent. Der Autor gehört einer vom AStA unabhängigen Initiative mit dem Namen „Aktion studentische Selbstbestimmung“ an. Der Artikel „Jura in Ketten“ artikuliert lediglich die Meinung dieser Gruppe.





Aus den Asta-Referaten



Licht aus, Das leuchtet ein!

Unter diesem Motto haben wir in den letzten Tagen in vielen Räumen, in erster Linie in Hörsälen und Toiletten, Plakate aufgehängt., die dazu aufrufen, das Licht beim hinausgehen und vor allem abends auszuschalten. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir alle an der Universität einen großen Beitrag zum Umweltschutz leisten können.

Die Universität Heidelberg hat eine ähnliche Aktion am Institut für Psychologie durchgeführt und konnte damit ungefähr 7% an Energiekosten einsparen.

Leider brennen viele Lampen unnötig lange, vor allem abends und vor allem in den Wintermonaten.

Es kann zum Beispiel vorkommen, das Gebäude wie das A5 bis spät in die Nacht erleuchtet sind, es denken einfach zu wenige daran abends das Licht beim hinausgehen auszuschalten.

Angesprochen sind Dozenten wie Studenten.

Damit wir uns richtig verstehen: Niemand soll im Dunkeln studieren müssen, es geht wirklich nur um sinnlose Verschwendung von Energie.

Macht also bitte alle mit, denn es gilt:
Kleiner Aufwand - Großer Nutzen!

Euer Ökoreferat

P.S.

Gerne könnt ihr euch die Plakatvorlagen über www.asta.uni-mannheim.de/?nav=referate&id=18 downloaden und im Wohnheim oder bei euren WG-Kumpanen aufhängen! (Das spart euch sogar Geld!) Über originelle Ideen für weitere Plakate würden wir uns auch sehr freuen!

Sie können das Licht jetzt ausschalten.

Licht aus - Das leuchtet ein!

"asta"
UNI MANNHEIM

UNIVERSITÄT
MANNHEIM

Eine Initiative des ASTA in Kooperation mit der Verwaltung



Lichtschalter beissen nicht !



Licht aus - Das leuchtet ein!

"asta"
UNI MANNHEIM

UNIVERSITÄT
MANNHEIM

Eine Initiative des ASTA in Kooperation mit der Verwaltung





Täglich Frühstück ab 10h

**Latte Macchiato
Heiße Schokolade
mit
Amaretto, Baileys, Cointreau
3,80€**

jeden Freitag

**Spaghetti -Buffet
für nur 3,80€
all
you can eat
solange die Nudel reicht...
...mit dreierlei Soßen
18h - 23h**

jeden Sonntag

**Sunday - Brunch
5€
all you can eat
10h -14h**

W-Lan for free!!!

Www.

ESSEX BISTRO - CAFÉ - BAR - LOUNGE **21**

**S6,21*68261 Mannheim
0621/ 12 80 20 01**

.Com





Aus den AStA-Referaten / Uni Mannheim

Das AStA - Sozialreferat informiert:

Was sich im Jahr 2005 ändert!

Die wichtigste Neuerung für BAföG – Empfänger ist bereits seit 08.12.2004 in Kraft getreten. Diese besagt, dass ein Fachrichtungswechsel wie ein Schwerpunktwechsel beim BAföG – Amt angemeldet werden muss! Das Problem dabei ist: Dieser Fachrichtungswechsel kann nur bis zum Beginn des 3. Fach – Semesters geltend gemacht werden. (Für nähere Erläuterungen steht das AStA – Sozialreferat Montags von 9 – 11 Uhr und Dienstags von 10 – 12 Uhr gern zur Verfügung)

Weitere Neuerungen sind:

Ausbildungszeiten:

Unter anderem bekamen Studenten bislang bis zu drei Jahre ihrer Ausbildung beitragsfrei, aber rentensteigernd angerechnet. Diese Regelung fällt – beginnend 2005 – bis Ende 2008 schrittweise weg.

Bankgeheimnis:

Ab dem 01. April 2005 können Finanzamt, Sozialbehörden und die Arbeitsämter alle rund 500 Millionen Konten in Deutschland abfragen. Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“ soll helfen, Steuersündern schneller auf die Schliche zu kommen. Die Ämter dürfen jederzeit eine Liste der Konten jedes Bürgers anfordern. Daraus ist ersichtlich, wer welches Vermögen hat. Dies betrifft auch alle BAföG – Empfänger, da das BAföG – Amt seit 08.12.2004 in den Status eines Sozialleistungsträgers „erhoben“ hat.

Beitragsbemessungsgrenze:

Die Einkommensgrenzen, bis zu denen Sozialabgaben zu bezahlen sind, werden auch niedriger: Die neue Bemessungsgrenze für die Renten – und Arbeitslosenversicherung liegt bei 5200 Euro (4400 Euro im Osten). In der gesetzlichen Kranken – und Pflegeversicherung steigt die Bemessungsgrenze von 3487,50 auf 3 525 Euro im Monat.

Elektronische Steuer:

Unternehmer und Arbeitgeber (betrifft unter anderem alle HiWi's) müssen vom 01.01.2005 Umsatzsteuer – Voranmeldungen und Lohnsteuer – Anmeldungen auf dem elektronischen Weg an das Finanzamt übermitteln. Die Arbeitnehmer erhalten eine Kopie der Bescheinigung, die ihr Arbeitgeber an das Finanzamt geschickt hat.

Einschulung:

Ab dem kommenden Schuljahr 2005/06 wird der Stichtag für die Einschulung vorverlegt. Am besten erkundigen sich Eltern Anfang 2005 bei der zuständigen Grundschule nach dem Stichtag für die Schulpflicht.

Fahrräder:

Neu gekaufte Drahtesel müssen mit einem Rücklicht ausgestattet sein, das auch beim Halt an der Ampel noch leuchtet. Alte Fahrräder brauchen nicht nachgerüstet zu werden. Mountain – und Sportbikes unter 13 Kilo dürfen künftig auch mit Batterie – Lampen fahren. Bisher verlangte das Gesetz einen Dynamo.

GEZ – Gebühr:

Ab 01. April wird der Fernsehspaß wieder teurer! Die monatliche GEZ – Gebühr für ein TV – und ein Radiogerät steigt dann um 88 Cent auf 17,03 Euro. Internetbenutzer können noch einmal aufatmen: Die für sie geplante GEZ – Gebühr wurde vorerst noch auf 2007 verschoben.

Investmentfonds:

Fonds – Anleger müssen sich schon wieder umstellen. Die erst Anfang 2004 aufgehobene Besteuerung von Zwischengewinnen wird zum 01. Januar 2005 wieder eingeführt. Betroffen sind vor allem Geldmarkt – und Rentenfonds. (Zwischengewinne sind im Kaufpreis auflaufende Zinsen und vergleichbare Erträge, die ein Fonds seit der letzten Ausschüttung oder Thesaurierung gesammelt hat.)

KfZ – Steuer:

Je nach Schadstoffausstoß und Hubraum „rutschen“ Fahrzeuge in eine höhere Klasse. Für PKW's mit Benzinmotoren in der älteren Schadstoffklasse Euro I etwa steigt die KfZ – Steuer von bisher 10,84 Euro pro Jahr und 100 Kubikzentimeter auf 15,13 Euro. Entsprechend verteuern sich Autos mit Dieselmotoren von 23,06 auf 27,35 Euro.

Lebensversicherungen:

Gewinne aus Lebensversicherungen müssen bei Neuverträgen von 2005 an mit dem Finanzamt geteilt werden. Bei Kapitallebensversicherungen, die nach dem 01. Januar 2005 abgeschlossen werden, müssen die Erträge zur Hälfte besteuert werden, wenn sie mindestens zwölf Jahre liefen und der Begünstigte das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Pflegeversicherung:

Kinderlose bezahlen künftig 0,25 Prozentpunkte mehr in die gesetzliche Pflegeversicherung. Deren Beitrag erhöht sich somit auf 1,1 Prozentpunkte des sozialversicherungspflichtigen Bruttolohnes.

Steuersatz:

2005 tritt die dritte und letzte Stufe der Steuerreform in Kraft. Der Eingangssteuersatz sinkt von 16 auf 15 Prozent und der Spitzensteuersatz von 45 auf 42 Prozent. Der steuerfreie Grundfreibetrag beträgt unverändert 7 664 Euro.

Versicherungspflicht:

Wer monatlich bis zu 3 900 (bisher 3 862,50) Euro brutto verdient, muss sich in der gesetzlichen Kranken – und Pflegekasse versichern.

Euer Stefan Strauch
AStA – Sozialreferent



Erleichterungen für ausländische Studierende

Das seit Anfang dieses Jahres gültige Zuwanderungsgesetz bringt für die rund 174.000 Studierenden aus Nicht-EU-Staaten erhebliche Erleichterungen. Sie können flexibler einer Nebentätigkeit nachgehen und bis zu einem Jahr nach ihrem Studienabschluss in Deutschland bleiben, um eine Arbeitsstelle zu suchen. Dies teilt das Deutsche Studentenwerk (DSW) in Berlin mit. DSW-Präsident Prof. Dr. Hans-Dieter Rinkens würdigt die Neuerungen als positives Signal des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Deutschland an ausländische Nachwuchsakademiker. Besonders erfreut zeigt er sich darüber, dass ausländische Studierende jetzt nicht nur in den Hochschulen, sondern auch als Tutoren in den Studentenwerken eine studentische Nebentätigkeit ohne zeitliche Beschränkung ausüben können.

Studierende aus Nicht-EU-Staaten dürfen nun bundesweit an 90 ganzen oder 180 halben Tagen jobben. Bisher waren es 90 Tage, unabhängig davon, ob an diesen Tagen voll oder nur einige wenige Stunden gearbeitet wurde. Es werden nur die Tage gezählt, an denen auch tatsächlich gearbeitet wird. Das ist eine notwendige Flexibilisierung des Nebenerwerbs, auf den die meisten dringend angewiesen sind. Denn nur die wenigsten Studierenden aus Nicht-EU-Staaten kommen über ein Austauschprogramm oder mit Stipendien nach Deutschland, erläutert der DSW-Präsident, die meisten müssen sich mit Jobben ihr Studium finanzieren.

Neu ist auch, dass ausländische Studierende nach ihrem Abschluss bis zu einem Jahr zur Arbeitssuche in Deutschland bleiben können. Finden sie einen Job, der ihrem Studienabschluss angemessen ist, erhalten sie eine weitergehende Aufenthaltserlaubnis. Allerdings behalten sich die Agenturen für Arbeit eine Vorrangprüfung vor, um sicher zu stellen, dass deutsche Hochschulabsolventen nicht benachteiligt werden. Wie das in der Praxis aussehen soll, ist noch völlig unklar, kommentiert Rinkens.

Dritte Erleichterung: die so genannte studentische Nebentätigkeit. Das sind Nebenjobs mit wissenschaftlichem Charakter, traditionell angesiedelt an einer Hochschule. Der große Vorteil für ausländische Studierende: Solche Jobs sind nicht zeitlich befristet und können zusätzlich zu den 90 ganzen bzw. 180 halben Tagen ausgeübt werden. Wie das Bundesministerium des Innern in ersten Anwendungshinweisen zum Zuwanderungsgesetz festhält, gehört nun auch die Tätigkeit als Tutor in den Studentenwerks-Wohnheimen dazu eine Neuerung, die das Deutsche Studentenwerk seit langem forderte. Das ist ein äußerst positives Beispiel dafür, wie das Zuwanderungsgesetz zugunsten ausländischer Studierender ausgelegt werden kann, freut sich Rinkens, ?so sollten die Bundesländer und kommunalen Ausländerbehörden generell bei der Umsetzung verfahren.

Stefan Grob,
Deutsches Studentenwerk

„Ich unterstütze
ÄRZTE OHNE GRENZEN,
weil sie professionell
helfen und bei Macht-
missbrauch den
Mund aufmachen.“

Senta Berger, Schauspielerin



ÄRZTE OHNE GRENZEN
hilft weltweit Opfern
von Krieg und Gewalt
und klagt an, wenn
deren Rechte mit Füßen
getreten werden.



Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- ☐ allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- ☐ Informationen für einen Projekteinsatz
- ☐ Informationen zur Fördermitgliedschaft
- ☐ die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name

Anschrift

E-mail

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Bonn • BLZ 380 500 00



RUMlabern

Das Rechenzentrum der Universität Mannheim bietet seit ca. einem Jahr für Studenten die Möglichkeit Voice over IP (VoIP) zu testen. Hierfür können sich Studenten unter [1] beim RUM-labern anmelden. Nach erfolgreicher Anmeldung erhält man eine Telefonnummer, mit der die angemeldeten Studenten über die Datenleitung kostenlos miteinander telefonieren können oder andere Dienste wie Radio-Streaming nutzen können.

Ausgehende Telefonate ins Festnetz sind nur zu kostenlosen Nummern (0800) erlaubt. Es existieren aber auch Verbindungen zu ähnlichen Angeboten an anderen Einrichtungen wie zum Beispiel Universität des Saarlandes, Universität Kaiserslautern, Universität Stuttgart, Universität Heidelberg und Universität Ulm. Ausgehende Rufe in andere VoIP-Netze (zum Beispiel SipGate, IAXtel usw.) sind über den Anbieter Monduno möglich. Die Liste der zu wählenden Nummern ist unter [1] und [2] einzusehen.

Eingehende Anrufe aus dem Festnetz landen immer zuerst in einem Menu. Hier gibt man die Nummer des gewünschten

Gesächspartners ein und wird verbunden. Anrufe aus anderen VoIP-Netzen sind über Rufnummern von IAXtel, FreeworldDialup und Monduno möglich. Die entsprechenden Nummern sind auf der Homepage [1] nachzulesen. Auch diese Anrufe landen zuerst im besagten Menu.

Neuerdings können Studenten bis zu acht eigene Provider eintragen und über diese dann auch gegebenenfalls ins Festnetz telefonieren. Dabei wird sichergestellt, dass nur der berechtigte Benutzer seinen eigenen Account beim Provider nutzen kann. Ferner ist der Student dann direkt, ohne Menu, über die Nummer seines Anbieters erreichbar. Somit kann jeder seine Anrufe über seine Provider tätigen, über diese erreichbar sein und ist gleichzeitig im RUM-labern verfügbar.

[1] RUM-labern

(www.uni-mannheim.de/rumlocal/voip)

[2] Monduno

(<http://monduno.com/de/support/numbers>)

Gerüchteküche?!

Es kursiert das Gerücht, dass die Bibliothek die vorhandenen Datenbanken aufgeben möchte. Nach einem Gespräch mit dem stellvertretenden Bibliotheksleiter Per Knudsen konnte dieses Gerücht eindeutig aus dem Weg geräumt werden. Die Bibliothek möchte trotz Einsparungsmaßnahmen, die aufgrund von Haushaltskürzungen nötig sind, weiter Datenbanken kaufen.

Natascha Massing

Veranstaltungsankündigung der KHG:

weiße rose

Mi 02.02.2005, 19 Uhr, Schlosskirche
Gedenkveranstaltung für Pater Alfred Delp SJ

„In Deutschland lebte eine Opposition, die zum Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker hervorgebracht wurde. Diese Menschen kämpften ohne Hilfe von innen und außen - einzig getrieben von der Unruhe des Gewissens.“ (Winston Churchill)

Franz J. Müller, geb. 1924, Mitglied der Widerstandsbewegung „Weiße Rose“, wird in seinem Vortrag über diesen Widerstand berichten.



alternativ-los



Mi 09.02.05, 18:30 Uhr, Bürgerhörsaal der Universität
Bürgergesellschaft und ‚zivilisierte‘ Marktwirtschaft

Prof. Dr. Peter Ulrich; Institut für Wirtschaftsethik; Universität St. Gallen.

„Wertfreie“ ökonomische Rationalität und „außerökonomische“ (oder gar „arationale“) Moralität werden heute meist als zwei Welten gesehen und gelehrt. Der vom Sankt Gallener Professor Peter Ulrich begründete transdisziplinäre Ansatz der „Integrativen Wirtschaftsethik“ durchbricht diese Vorstellung.

UNIVERSITÄT
MANNHEIM





Richtungen der Kultur

Fellatio bei Sonnenaufgang

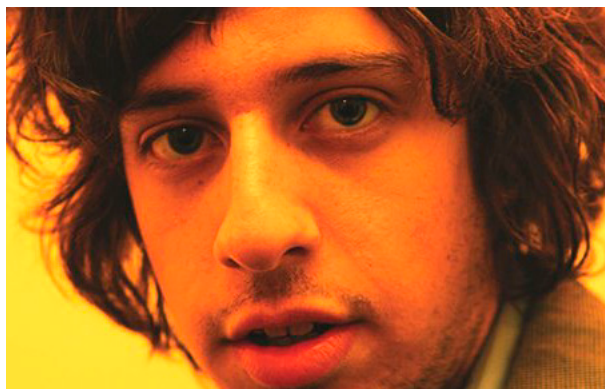
Adam Greens neues Album „Gemstones“

Da sitzt ein etwa 1.70 m großer, etwas verwundert über die „komplizierten“ Fragen dreinschauender New Yorker in Frau Kuttners Viva-Unterhaltungssendung und durchblättert die BRAVO, um sein Foto zu begutachten. Etwa drei Stunden später wird in Harald Schmidts ARD ein Gedicht desselben Künstlers über Pflanzenkrankheiten bei Nazis rezitiert, um seinen am nächsten Tag folgenden Auftritt anzupreisen.

TV-Genre- und altersübergreifendes Phänomen? Adam Green war eigentlich nie von der Bildfläche verschwunden, ist er doch seit circa 83 Monaten auf Deutschlandtour, um alle Altersklassen von 9 – 99 mit seiner Musik zu beglücken. Doch irgendwie hat er es seit der Veröffentlichung seines neuesten Werkes „Gemstones“ geschafft noch medienpräsender zu werden, als es sowieso schon der Fall war. Ob das der hervorragenden Marketingarbeit seiner Agenten zu verdanken ist, die ihn in jeder Disko auftreten lassen, sofern im Ansatz eine Bühne vorhanden ist oder ob ein neuer John Lennon seinen Zug um die Welt angetreten hat? Man wird wohl noch ein paar Jahre warten müssen, um rückblickend eine Erklärung dafür finden zu können. Es ist jedenfalls einerlei, denn die Musik hat bisher keinen Schaden von der übermäßigen Medienpräsenz genommen.

Was für das Debütalbum der 8-Spur Kassettenrekorder war, mit dem Adam Green seine Musik auf Tonträger gebannt hat, waren für das zweite Album die Streicher und der nicht mehr ganz so low-fi ausgerichtete Produktionsverlauf. Auf Grund seiner Deutschland-Mammut-Tour ist es eigentlich nicht verwunderlich, dass auf dem dritten Album nur die reine Band = Vorband = The Gnomes zu hören sind.

Waren auf Album Nr. 2 eher die ruhigen sanften Lieder das Maßgebliche, so sind es jetzt weitge-



hend nach vorn gerichtete Schlagzeugrhythmen, mit Anklängen an den Rockabilly der 50er Jahre oder spanische Folklore. Musikalisch gesehen, ein etwas fröhlicherer Grundtenor, der sich durch das komplette Album zieht. Textlich kann man jedoch genau das erwarten, was man von Adam Green gewohnt ist. Worte, die nicht so recht auf die Musik passen, eine ganz andere Stimmung ausdrücken und deshalb den Reiz ausmachen, die sehr direkt die Probleme bei der Partnerfindung ansprechen („Emily“, „Choke on a Cock“) und Auskunft über „magische“ Pilszüchtungen geben. („Over the Sunrise“).

Für den Adam Green Konzertbesucher dürften die meisten der auf dem Album verewigten Stücke keine Überraschung sein, hat Adam Green doch den Großteil schon dort gewissermaßen eingeübt. Auf dem Album ist diese Bandatmosphäre jedoch sehr schön eingefangen, dass einer großen Abnehmerzahl und einer noch größeren Tournee nichts mehr im Wege steht.

Mag es aber mit der Karriere als clownesk anmutendem Jim Morrison nicht mehr recht gelingen, so kann er sich ja noch auf seinen zweiten Arbeitgeber Suhrkamp stützen und dort weitere Gedichtbände veröffentlichen, in denen der ein oder andere lieb gemeinte Satz über Geschlechtskrankheiten noch seine Verwendung finden dürfte. (mh)





Wer im Abendprogramm beim Durchsuchen der Fernsehkanäle nach schöner Unterhaltung die große Runde macht, der begegnet immer öfters dem gemütlichen leicht transpirierenden Gesicht von Helmut Karasek. Nachdem Marcel Reich-Ranicki die TV-Literaturbühne verlassen hatte, war ja durchaus fraglich, ob er den Sekundanten seiner prominenten Literaturexekutionen, den langjährigen Kulturchef des Spiegels, gleich mit von der Bildfläche nehmen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Neben Elke Heidenreich ist Hellmuth Karasek der neue TV-Vorleser und erfüllt auch gerne in Spielshows die Rolle des umständlich-liebenswürdigen Intellektuellen – am liebsten im Verbund mit Alice Schwarzer und Ottfried Fischer.



Erinnerung, Zisch

Hellmuth Karasek stellte seine Erinnerungen „Auf der Flucht“ im Ernst-Bloch-Zentrum Ludwigshafen vor

Mitte Januar war Hellmuth Karasek in Ludwigshafen „nur“ allein zu haben, dafür aber nun wirklich „live und in Farbe“. Das Ernst-Bloch-Zentrum hatte mit der Buchhandlung Roth geladen und gut hundert Interessierte saßen dicht gedrängt auf ausladenden Stühlen. Die Haarfarbe weiß dominierte und die Atmosphäre war derart wohlwollend, wie das Lachen auf schlechte Witze guter Bekannter. Karasek genoss dann auch sichtlich die Heimspiel-Stimmung auf fremden Platz und las Auszüge aus seiner 520 Seiten starken Biographie vor, die im letzten Jahr beim Ullstein Verlag erschienen ist. Karasek zeichnet darin seinen Lebensweg nach, der ihn von Bielitz an der Grenze zu Galizien über verschiedene Arbeitsstationen in Tübingen und Stuttgart bis nach Hamburg und Berlin gebracht hat. So beschreibt er, was ihm heute noch von seiner Kindheit präsent ist, die erste Modelleisenbahn, die Flucht vor den Russen und die sexuelle Aufklärung auf dem Plumpsklo. An anderer Stelle wird im Welthintergrund John F. Kennedy ermordet, während für den Dramaturgen Karasek und seinen Autor Martin Walser die Theaterwelt zusammenbricht. Vornehmlich Erfolge werden geschildert, wie die Uraufführung seines Theaterstücks „Die Tauben“ in Osnabrück, zu dem ihm Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein gratuliert und was Spiegel-Chefredakteur Erich Böhme gleich relativiert. Die letzten Lebenskapitel nehmen sich generell ein wenig als „Who-is-Who“ der westdeutschen Intellektuellenszene aus – Frauen kommen da nur in verklatschten Weibergeschichten vor.

Mit einem Hauch von Altersweisheit über die Vergänglichkeit gepaart mit etwas zotigem Altherrenhumor weiß Karasek seine Erinnerungen pointenreich aufzureihen, so dass man meint, am Ende jedes Kapitels den Tusch des



*Love is an accident
Desire is a stranger
Intimacy is a lie
Truth is a game*



Hautnah

Mann trifft Frau.
Mann verliebt sich in Frau.
Mann hat Beziehung mit Frau.
Mann trennt sich von Frau.

Eine weitere seichte Liebesschnulze aus Hollywood?

Nicht ganz. Obwohl Regisseur Mike Nichols mit dem typischen Schema beginnt, interessiert sich der Film nicht für Beziehungen, sondern dafür, wie sie entstehen und auseinander gehen. Für erste Begegnungen und Abschiedsworte. Die spannenden ersten Minuten und die grausamen letzten Sekunden sind es, die im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Und dazwischen? Unwichtig, so scheint es. Und deshalb bekommt der Zuschauer auch nur die „Höhepunkte“ der Beziehungen zwischen Alice, Dan, Anna und Larry mit.

Die eigentliche Geschichte ist schnell erzählt: Bei einem Unfall lernt der nicht ganz so hoffnungsvolle Londoner Schriftsteller Dan (Jude Law) die geheimnisvolle New Yorkerin Alice (Natalie Portman) kennen. Sie werden ein Paar und die junge Amerikanerin inspiriert ihn zu einem Roman. Ein Jahr später begegnet Dan bei einem Fototermin der attraktiven Anna (Julia Roberts), ebenfalls Amerikanerin, deren unterkühltem Charme er sofort erliegt. Die Fotografin ist allerdings mit Larry (Clive Owen), einem attraktiven britischen



Schlagzeugers zu hören, bis man merkt, dass es doch der ältere Sitznachbar neben einem ist, der schnarrend in sich hinein schmunzelt. Gern erzählt Karasek von seiner Liebe zu jungen Frauen, Onanie und Rotwein – das ist seit dem literarischen Quartett nicht überraschend. Dass er auch gerne von den jungen Frauen Dritter her erzählt ist hingegen neu. Denn Karaseks Erinnerungsalbum, welches er da aufklappt, ist bilderreich, und so manche Erinnerung, die Karasek aufhebt und grinsend hochhält, ist bewusst leicht peinlich für den Weggenossen (ob Peter Palitzschs Unbehändigkeit mit Fremdwörtern oder Rudolf Augsteins Scheidung) und damit leichte Beute für den unterhaltenden Erzähler.

„Die Erinnerung ist ein Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können“, lautet einer dieser schlaun Sprüche – hier von Jean Paul – zu der Eigenart, die den Menschen Mensch sein lässt. Bei Hellmuth Karasek hat man eher den Eindruck, die Erinnerung ist ein Schlaraffenland, in welchem dem Guten die Früchte der Vergangenheit direkt in den Mund gewachsen sind. Das Heitere und das Schlüpfrige gärt nun so richtig und jedes Mal, wenn der Erzählende lachend den Mund aufmacht, dann entweicht pfeifend so manches – aber viel liegt in nicht in dieser Luft. (sb)

Dermatologen verheiratet.

Doch die Barrieren eines Eherings, einer gemeinsamen Wohnung oder eines Versprechens ewiger Liebe hindern die Protagonisten nicht daran, fremdzugehen, sich zu betrügen und sich von andern Partnern ihre intimsten Wünsche erfüllen zu lassen. „Hautnah“ zeigt zwischenmenschliche Beziehungen und wie absurd sie sind. Die Verhältnisse werden allerdings nicht romantisiert oder idealisiert dargestellt. Gänzlich unsentimental erzählt Regisseur Mike Nichols von vier jungen Menschen, die nach der Liebe suchen und Sex finden. Doch so einfach ist der Film dann eben doch nicht. Es geht hin und her, vor und zurück. Jede Episode ist in sich abgeschlossen und doch mit jedem anderen Abschnitt des Films eng verknüpft.

Es wird viel geredet in „Hautnah“. Über Liebe, Sex, Gefühle, Identität. Die Charaktere definieren sich über ihre Rhetorik. Sie becirchen einander mit großen Worten und flüsternder Stimme, leisten innige Liebesschwüre oder versprechen vollmündig die große Liebe. Ja, von Liebe wird gesprochen, allerdings auch von Hass und von der Wahrheit, doch die kommt nie wirklich ans Tageslicht. Die Figuren belügen und betrügen sich gegenseitig. Aus Angst, ihre wahren Gefühle zu zeigen, aus Selbstschutz, aus Berechnung. Zwischendurch blitzen intensive schmerzhaft Momente der Erkenntnis, der Selbsterkenntnis auf. Und so bewegt sich der Film, wie bei einem Hochseilakt, zwischen Liebe und Hass, Verlangen und Ekel, Sehnsucht und Eifersucht, Verführung und (Ent)Täuschung, Sex und Macht. „Hautnah“ ist ein kühler Film, der zuerst sehr einfühlsam daherkommt, bevor er einen mit seiner Mischung aus Emotionslosigkeiten und Gefühlsausbrüchen überrumpelt.

Natalie Portman, mit 23 Jahren die Jüngste unter den Akteuren, spielt die Alice mit einer Leichtigkeit und dennoch Bestimmtheit, die berührt. Die Rolle der amerikanischen Stripperin, die sich nicht davor scheut, ihren Körper oder ihre Gefühle zu zeigen, scheint Portman wie angegossen zu passen. Sie stürzt sich mit Haut und Haar in die Rolle und zeigt nicht nur freiwillig ihren makellosen Körper, sondern lässt

den Zuschauer auch in ihre Seele blicken. Oder zumindest erlaubt Portman dem Zuschauer eine erschreckende Einsicht in die Seele von Kindfrau Alice.

Julia Roberts, allseits bekannte und beliebte Mimin, bringt zwar Charisma und Schönheit mit in ihre Rolle als Anna, doch fehlt es ein wenig an Glaubwürdigkeit. Zwar spielt sie ausnahmsweise mal nicht die immer lächelnde, unschuldige Außenseiterin, doch die Rolle der kühlen und erfahrenen Verführerin will nicht ganz zu ihr passen.

Sie gibt sich alle Mühe, die kapriziöse Fotografin zu verkörpern, doch bedarf es nicht nur einer expliziten Sprache um „Pretty Woman“ in „Filthy Woman“ zu verwandeln.

Eine herausragende Leistung liefert dafür Clive Owen ab. Der ausdrucksstarke Brite kann mit „Hautnah“ endlich seine enormes Talent und sein passioniertes Spiel unter Beweis stellen. Clive Owen gibt dem fiesen und rohen Dermatologen Larry eine sanfte und verletzte Seite. Er allein kann die masochistischen Züge, die auch bei den anderen Darstellern anklingen, wirklich glaubhaft darstellen. Er hat eine unglaubliche Leinwandpräsenz, wirkt abwechselnd einschüchternd, fesselnd oder bedauernswert.

Jude Law als Schriftsteller Dan wirkt wie immer: Souverän absolviert er seine Rolle, sieht fantastisch aus und kann mit seinem spitzbübischen Charme sicher auch die Herzen des Publikums für sich gewinnen. Er stattet Dan mit genügend Gefühl und Verletzlichkeit aus und scheut sich auch nicht, ab und zu die Arschkarte voll auszuspielen. Allerdings erscheint er manchmal nur wie hübsches Beiwerk. Und während Owens und Portman dem Zuschauer den Atem stocken lassen, spielen Roberts und Law wie gewohnt. Nicht schlecht, aber auch nicht überragend.

„Hautnah“ ist kein schöner Film, aber ein Wahrer. Natürlich sind die Protagonisten attraktiver als Normalos, natürlich leben sie in glamouröseren Appartements als der Durchschnitt, natürlich haben sie bessere Jobs als Du und Ich. Aber die Gefühle, die sie erleben, die Situationen, die sie erleben, die Wortgefechte, die sie austragen, sind echt. Und so ist der Film, mit seinem wunderschönen Soundtrack genau das Richtige für Menschen die den Schmerz eines Beziehungs-Endes kennen oder kennen lernen wollen.

jurü 21





Urdemokratisch: Kreuzmachen!

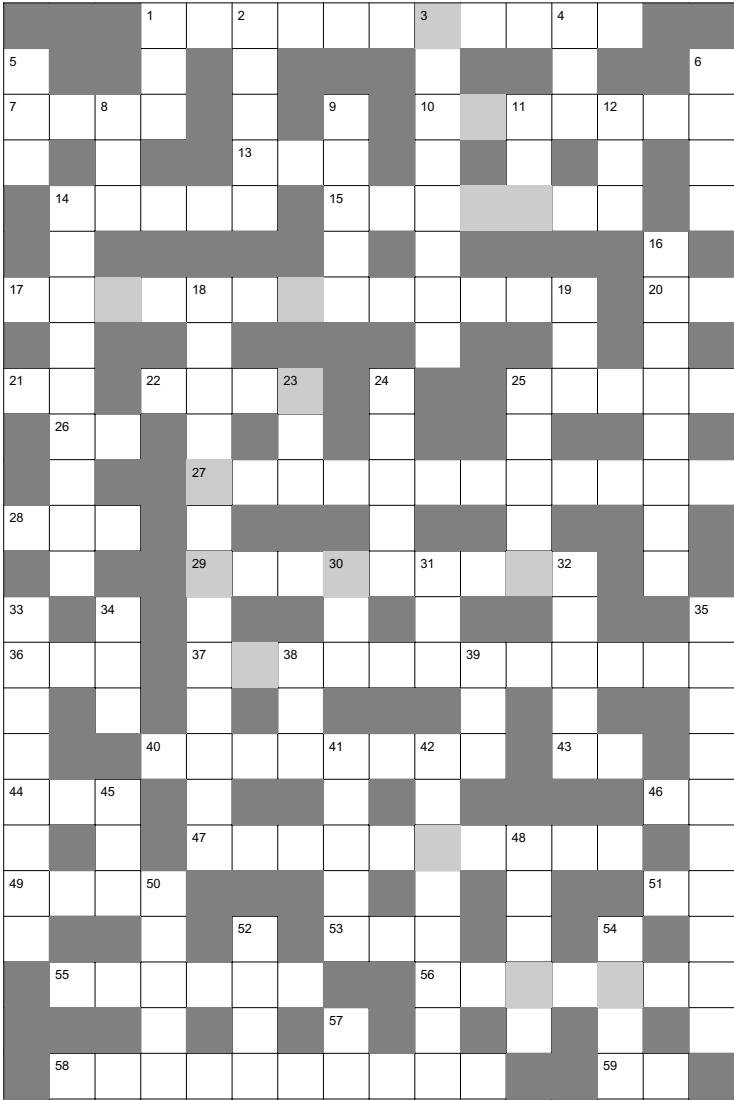
Zwei mal zwei Karten für die Schwung-Party im Januar haben wir letzten Dezember verlost. Gefreut haben sich Barbara Mitsch und Carola Meier.

Dieses Mal läßt der Inhaber vom Contra zwei Goodie-Pakete springen. Die zwei Gewinner erhalten je zwei Freikarten für den CO2-Club sowie eine Flasche Plnèni-Absinth.

Der CO2-Club öffnet seine Pforten im März. Direkt neben dem Contra im Jungbusch finden dann wöchentlich Unplugged-Konzerte regionaler Bands statt.

Plnèni ist ein tschechischer Absinth ohne Anis. Er schmeckt fruchtig und minzig und ist... stark! 70 Prozent...

15 Buchstaben sind gesucht, die in der richtigen Reihenfolge ein schönes Wort ergeben, das Lösungswort.
Gesucht ist ein typisches Studentenphänomen im Februar.
Gute Besserung!



Waagrecht :

- 01 elektronisches Bauelement
- 07 fest unnachgiebig
- 10 Regisseur von „Ohrwerk Orange“: S. ...
- 13 Adler
- 14 Vorderseite
- 15 Oscar-Anwärter von Martin Scorsese mit DiCaprio
- 17 Neuer Präsident der Ukraine
- 20 chemisches Zeichen für Astat
- 21 Währung bis 1948
- 22 Nächster Kriegsschauplatz im Nahen Osten
- 25 Bankguthaben
- 26 Abk. für Untersuchungshaft
- 27 Ex-Generalsekretär der CDU
- 28 engl. Anrede
- 29 Schiller erfand den dt. Idealismus, meint Rüdiger...
- 36 Baumteil
- 37 Unwort des Jahres 2004
- 40 Neue Biographie mit dem Titel „Feel“ von R. ...
- 43 italienische Tonsilbe
- 44 Gattin des Thor
- 46 Abk.: Drucksache
- 47 Musik:“Teil einer Jugendbewegung“, jetzt zu viert
- 49 Detail eines Fells
- 51 Kfz-Zeichen von Gießen
- 53 holländische Stadt bei Arnheim
- 55 Finkenvogel
- 56 Große deutsche Wochenzeitung
- 58 Menschenaffe
- 59 Zeichen für Nickel

Senkrecht:

- 02 Naschartikel
- 03 „The DaVinci Code“ von Dan Brown auf deutsch
- 04 Hörorgan
- 05 griechischer Buchstabe
- 06 Abscheu
- 08 selten
- 09 französische Währung
- 11 Kricketkeule
- 12 höfliche Anrede (alt)
- 14 Musiklabel der Fantastischen Vier
- 16 Umsatzbeteiligung
- 18 Lustiger ARD-Heimkehrer für 9 Millionen Euro
- 19 Berg auf Korsika
- 23 aktuell
- 24 griechischer Buchstabe
- 25 Kunst, etwas komisch darzustellen
- 30 Segelquerstange
- 31 Nationales Olympisches Komitee
- 32 Geistesgestörter
- 33 Überschuh
- 34 griechischer Buchstabe
- 35 Zeichengeräte
- 38 Anomalie auf der Haut
- 39 Kadaver
- 41 Kultbild der Ostkirche
- 42 Autobauer aus Stuttgart
- 45 italienischer Ordensbruder
- 48 Mensch mit schwarzer Hautfarbe
- 50 wohlhabend
- 52 kleine Insel bei Rügen
- 54 Faserpflanze, Flachs
- 57 diese Stelle



CONTRA'N

die club-kneipe am arsch der welt

ab 20:00 Uhr geöffnet



MO: MM - MUSIC (Rock, Oldies, Dark Wave, Indie ...)
 "LONGDRINK" jeder Longdrink, der in unserer Getränkekarte 2,80 € kostet, kostet Montags nur **1,80 €**
 "WEIZEN" jedes Weizen Bockbier Du für **1,80 €**



Di: TOP 5001 (alles wirklich alles z.B.: Metal, Regio, Sho, Alternative, Reggae ...)
 "BECK'S" jedes ob Pils oder Gold **1,50 €**
 "ABSINTH" alle Sorten zum 1/2 Preis
 "HUY HAMMER" der kurze Contra N-Klassiker **1,30 €**



Mi: MINISTRY OF ROCK (Rock, Blues)
 "ALTEMMÜNSTER PILS" **1,30 €**
 "LONG ISLAND ICETEAT" **2,50 €**
 "JAMAICA ICE TEA" **2,50 €**
 "BONUS" zu jedem purem Bier gibt's einen Frischwodka **GRATIS**
BEAT CLUB NACHT
 (60er & 70er)



DO: GETRÄNKE **1,70 €**
 "SEX ON THE BEACH" **2,10 €**
 GETRÄNKE-SPIEL (nur Angebote)



FR: FUN FATAL (Standard-Mix + Dark Music)
 "LONGDRINK-KARAFFE"-Alteisen **6,30 € / 6,80 €** für 1 Liter
 Brauerer TEQUILA **1,30 €**
 GETRÄNKE-SPIEL
 (ab 1,70 € / nur Ale)



SA: ROCK THE HOUSE (Standard-Mix + Rock)
 "BOOSTER"-Energy-Longdrink **2,60 €**
 "PITCHER" 1,5 Liter Bier im Krug **5,20 €**
 "ZOMBIE"-Longdrink **2,50 €**
 GETRÄNKE-SPIEL (ab 1,70 € / nur Ale)



SO: RADIUS-80 (heute könnt ihr für regionalen Bands & Interpreten voten)
 "DRINK ON CHIP" 5 Getränke-Chips für **5,- €**
 (pro Getränke-Chip bekommst Du ein Getränk aus der "Drink On Chip"-Getränkkekarte)



CONTRA'N
 Werftstraße 23
 68159 Mannheim / Jungbusch
 Tel.: 0621-152429
 mails@contra-n.de
 www.contra-n.de

Suchen auch immer mal wieder Personal, Djs ...

mails@contra-n oder info@c-o-zwei.de





Wir trauern um die

Philosophie

- Mutter aller Wissenschaften -

Empfangen durch den hellenischen Geist,
neu geboren vom heiligen Immanuel,
gelitten unter der Dummheit der Menschen,
geschunden und verspottet,
im Profil geschärft und neu justiert,
verewigt als Brosche des Geistes,
vom liebenden Gleichmut zu Grabe getragen,
hinabgestiegen in das Reich des Mammon.

Am jüngsten Tage
wird sie auferstehen von den Toten,
wieder auffahren in den Himmel universitatis.
Bald schon wird sie sitzen
im Nacken unseres neuen Gottes,
des allmächtigen Götzen;
von dort wird sie kommen,
zu richten die noch Lebenden
und die schon Toten.

IN OMNIBUS VERITAS. AMEN.

